

Bremen, 09.12.2012

5-Punkte-Plan zum Erhalt des Goosebads

Die Bedeutung des Goosebads für gesundheitsförderliche Bewegungsangebote, Schwimmgelegenheiten für bestimmte Bevölkerungsgruppen und erste Schwimmkurse für Kinder ist unbestritten. Der Beirat Gröpelingen hat sich für den Erhalt des Goosebads eindeutig positioniert. Umso bedauerlicher ist es daher, dass trotz der Aufforderung durch die betroffenen Nutzer und den Beirat von Seiten des Senats keinerlei Anstrengungen unternommen wurden, das Bad zu erhalten.

Es scheint uns deshalb geboten, im Vorfeld der Beratung des Themas in der Bürgerschaft am Dienstag und darüber hinaus einen konkreten Vorschlag für weitere Schritte vorzulegen. Wir fordern die politischen Verantwortungsträger auf und laden alle betroffenen Nutzergruppen dazu ein, die folgenden Punkte abzuarbeiten:

1. Die Bremer Bäder GmbH übernimmt den weiteren Betrieb und die Vermietung des Bades, bis eine andere Lösung gefunden wird. Der Betrieb muss - gerade in der kalten Jahreszeit – durchgehend gewährleistet sein, um Schäden an der Einrichtung zu vermeiden.
2. Die Bremer Bäder legen die grundlegenden finanziellen Daten der letzten fünf Jahre offen, um die Entwicklung der maßgebenden wirtschaftlichen Faktoren beurteilen zu können. Gleichzeitig wird der evtl. vorhandene Sanierungsbedarf ermittelt.
3. Auf der Grundlage dieser belastbaren Daten erarbeiten interessierte Nutzer und Anbieter zusammen mit den verantwortlichen senatorischen Stellen ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept. Wegen der bekannten gesundheits- und sozialpolitischen Aspekte sind neben dem Senator für Sport auch die SenatorInnen für Gesundheit und für Soziales zu beteiligen.
4. Eine Fortführung der Präventions- und Rehabilitationsangebote, die den weiteren Betrieb des Bades voraussetzt, liegt auch im unmittelbaren Interesse der Träger von sozialen Sicherungen, wie Krankenversicherungen, Berufsgenossenschaften, Rentenkassen. Es ist daher eine Aufgabe der Politik, diese in die Nutzungs- und Finanzierungsplanung einzubinden.
5. Auf der Basis der vorgenannten Schritte kann darüber verhandelt werden, wer für eine zukünftige Trägerschaft in Frage kommt und ob dafür evtl. eine eigene Institution geschaffen werden muss. In diesem Prozess kann auch festgestellt werden, ob und ggf. in welcher Höhe eine weitere finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erforderlich ist, um den Betrieb des Bades nachhaltig abzusichern.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass angesichts der finanziellen Lage der Bremer Bäder eine gewisse Kreativität erforderlich ist. Andererseits geht es letztendlich um einen im Vergleich zu vielen anderen öffentlichen Ausgaben doch geringen Betrag. Bei vielen betroffenen NutzerInnen aber geht es darum, beträchtliche Leiden zu lindern und etwas mehr Lebensqualität zu ermöglichen. Dazu ist der Erhalt des Bades alternativlos.